

Berlin und die Vereinten Nationen

Versuch einer chronologischen Übersicht

Es wird zu dieser Chronik auf den Beitrag von Otto Bach, *Berlin und die Vereinten Nationen in Heft 1/1962 der Zeitschrift verwiesen.*

1947

22. Juli Der Generalsekretär der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa, Gunnar Myrdal, beantragt beim Alliierten Kontrollrat die Einrichtung einer Berliner Verbindungsstelle. Dem Antrag wird nicht entsprochen.

1948

28. Juni Der Magistrat von Groß-Berlin beschließt auf einer Außerordentlichen Sitzung eine Eingabe an die Vereinten Nationen, in der diese auf die wegen der Blockade äußerst schwierige Lage Berlins hingewiesen werden.

29. Juni Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Trygve Lie, erklärt, er werde vorläufig keine Maßnahmen in der Berliner Krise ergreifen. Rundfrage des Generalsekretärs unter den Mitgliedern des Sicherheitsrates über ihre Ansichten zu einer Beratung der Lage Berlins beantwortet Kolumbien als erster Staat. Es fordert Maßnahmen des Sicherheitsrates zur Beendigung der Krise. Die Westmächte (USA, Großbritannien, Frankreich) ziehen einstweilen direkte Besprechungen der vier Großmächte vor.

Die Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin wendet sich in einer Außerordentlichen Sitzung auf Antrag der SPD, CDU und FDP in einem gemeinsamen Schreiben an den Magistrat unter Bezugnahme auf die Artikel 34 und 35 der Charta der Vereinten Nationen und bittet, die gegenwärtige Situation in Berlin vor den Sicherheitsrat oder die Generalversammlung zu bringen.

29. September Die Westmächte weisen den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in gleichlautenden Noten zusammen mit erläuternden Unterlagen auf die Lage in Berlin hin und ersuchen ihn, die Angelegenheit so bald wie möglich zu beraten.

3. Oktober Die Sowjetregierung lehnt die Zuständigkeit des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen in der Berliner Frage ab.

5. Oktober Gegen die Stimmen der Sowjetunion und der Ukrainischen Sowjetrepublik beschließt der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, die Berliner Frage auf seine Tagesordnung zu setzen.

8. Oktober Der Vorsitzende des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, der argentinische Außenminister Dr. Juan Bramuglia, führt im Auftrage der von dem Berliner Streitfall nicht unmittelbar betroffenen Ratsmitglieder (Argentinien, Belgien, China, Kanada, Kolumbien, Syrien) mehrere Besprechungen mit dem sowjetischen Chefdelegierten bei den Vereinten Nationen, Wyschinski, um die Möglichkeit einer Vermittlung zwischen den drei Westmächten und der Sowjetunion zu prüfen.

10. Oktober Zur Vermittlungsaktion der sechs neutralen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen erklären die drei Westmächte in einer an Dr. Bramuglia gerichteten Note, daß sie nachdrücklich zu ihrem Appell an die Vereinten Nationen stünden, die Friedensbedrohung durch die Sowjetunion auf Grund der Blockade Berlins zu beseitigen.

15. Oktober Dr. Bramuglia erbittet von den Besatzungsmächten Auskunft über die Entstehung der Verkehrsbeschränkungen und über Einzelheiten des Moskauer Über-

einkommens vom 30. August 1948, das wegen der Berliner Blockade von den vier Besatzungsmächten geschlossen wurde.

19. Oktober Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen über die Berliner Krise. Die sowjetische Delegation bei den Vereinten Nationen verteilt gleichzeitig ein Weißbuch über die Berlin-Krise.

20. Oktober Der Magistrat von Groß-Berlin beschließt, die Vereinten Nationen anzurufen, um im Zusammenhang mit den Verhandlungen über Berlin eine Freilassung der politischen Gefangenen zu erreichen.

22. Oktober Die sechs neutralen Staaten im Sicherheitsrat verlangen von den Großmächten, jegliche Zwischenfälle zu vermeiden, die eine Zuspitzung der Berliner Lage herbeiführen würden. Gleichzeitig sollen am Tage der formellen Weiterleitung der Entschließung an die vier Regierungen sämtliche seit dem 1. März 1948 getroffenen Verkehrsbeschränkungen beseitigt und Besprechungen der vier Militärgouverneure in Berlin aufgenommen werden. Durch Verhandlungen soll bis zum 20. November ein Abkommen getroffen werden, durch das die Ostwährung als einziges Zahlungsmittel in Berlin eingeführt wird.

25. Oktober Der sowjetische Chefdelegierte Wyschinski legt im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sein Veto gegen die Annahme des Entschließungsentwurfs der Neutralen ein.

13. November Der Generalsekretär und der Präsident der Generalversammlung der Vereinten Nationen fordern in einem gemeinsamen Brief an die Besatzungsmächte die unverzügliche Wiederaufnahme von Verhandlungen zur Beilegung der Berliner Krise.

18. November Der Generalsekretär und der Präsident der Generalversammlung der Vereinten Nationen überreichen den Besatzungsmächten einen Fragebogen über die Viermächtekontrolle der Berliner Währung. In Antworten auf fünf Fragen sollen sie ihre Vorstellungen über Organisation und Funktion einer Viermächtekontrolle der Berliner Währung sowie über den Handelsverkehr mit den westlichen Besatzungszonen und dritten Ländern darlegen.

30. November Dr. Bramuglia bittet die Regierungen der neutralen Mächte im Sicherheitsrat um die Nominierung von Sachverständigen, um die Berliner Währungsfrage und die wirtschaftlichen Probleme zu prüfen und entsprechende Vorschläge zu machen (vgl. 18. November).

3. Dezember Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Trygve Lie, ernennt Gunnar Myrdal zum Finanzsachverständigen der Studienkommission des Sicherheitsrates zur Berliner Frage.

4. Dezember Die vier Besatzungsmächte billigen die Schaffung der neutralen Studienkommission grundsätzlich, wollen sich aber ihre Entscheidung gegenüber jeder Entschließung der Kommission vorbehalten.

1949

5. Januar Der Finanzsachverständigen-Ausschuß der Vereinten Nationen stellt seinen Bericht den vier Besatzungsmächten zu. Darin wird der Aufbau von zwei getrennten Banksystemen vorgeschlagen. Jedoch sollen die Kreditinstitute im Ostsektor und in den Westsektoren Berlins gemeinsam von einem Koordinierungsausschuß der vier Besatzungsmächte und von einer neuen Notenbank für Berlin verwaltet werden.

18. Januar Die Sowjetunion bezeichnet die Vorschläge der Sachverständigenkommission als Diskussionsgrundlage. Demgegenüber gibt das französische Außenministerium bekannt, daß die Westmächte diese Vorschläge für unannehmbar halten.

11. Februar Der Finanzsachverständigen-Ausschuß der Vereinten Nationen erklärt in seinem Bericht an den Vorsitzenden des Sicherheitsrates, es sei ihm nicht gelungen, eine für alle Seiten annehmbare Lösung zu finden.

15. Februar Der amerikanische Sonderbotschafter, Dr. Jessup, und der sowjetische Delegierte bei den Vereinten Nationen, Yakov Malik, sprechen im Gebäude der Vereinten Nationen in New York zum ersten Mal inoffiziell über eine Aufhebung der Berliner Blockade.

4. Mai Die vier Besatzungsmächte veröffentlichen ein Kommuniqué über die Aufhebung der Berliner Blockade und die Einberufung einer Außenminister-Konferenz auf Grund der Verhandlungen zwischen Jessup und Malik.

1951

5. November Die Westmächte bitten den Generalsekretär der Vereinten Nationen, den Wunsch der Bundesregierung auf Einsetzung einer unparteiischen internationalen Kommission unter Kontrolle der Vereinten Nationen, die die Voraussetzungen für freie Wahlen in ganz Deutschland untersuchen soll, auf die Tagesordnung der VI. Generalversammlung der Vereinten Nationen zu setzen.

3. Dezember Die Westmächte beantragen in einer Entschließung im Politischen Sonderausschuß der Generalversammlung der Vereinten Nationen die Bildung einer Untersuchungskommission für freie Wahlen in ganz Deutschland.

4. Dezember Der Politische Sonderausschuß der Generalversammlung der Vereinten Nationen nimmt mit 50 gegen sechs Stimmen (Ostblock, Israel) bei einer Enthaltung (Birma) einen von Pakistan formulierten Entschließungsantrag an, nach dem offizielle Vertreter der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands sowie Westberlins und des Sowjetsektors von Berlin eingeladen werden, über die Voraussetzungen zur Abhaltung freier Wahlen als ersten Schritt zur Vereinigung Deutschlands Bericht zu erstatten.

5. Dezember Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Trygve Lie, lädt deutsche Politiker über die vier Hohen Kommissare ein. Die Bundesregierung nominiert als ihre Vertreter Heinrich von Brentano, Hermann Schäfer und Ernst Reuter.

8. Dezember von Brentano, Schäfer, Dr. Gradl und Ernst Reuter sprechen vor dem Politischen Ausschuß der Vereinten Nationen in Paris. Reuter schildert die Berliner Situation seit 1945 und wendet sich gegen den Abzug der Besatzungsmächte, da dies ganz Berlin unter sowjetische Herrschaft bringen würde. Die Berliner Bevölkerung erwarte die Entsendung einer Kommission der Vereinten Nationen.

11. Dezember Die deutsche Vertretung der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Bolz und Ebert, lehnt vor dem Politischen Ausschuß der Vereinten Nationen Untersuchungen durch die Vereinten Nationen ab.

20. Dezember Die Generalversammlung der Vereinten Nationen billigt mit 45 gegen sechs Stimmen (Ostblock und Israel) bei sechs Enthaltungen einen Beschluß des Politischen Ausschusses vom Vortage über die Einsetzung einer Untersuchungskommission für Deutschland.

1952

14. Februar Die Deutschland-Kommission der Vereinten Nationen hält in Paris ihre erste Sitzung ab.

Mitglieder: Antonio Mendes Viana, Brasilien; Kristjan Albertson, Island; Ali Haider Abbasi, Pakistan; Max Kohnstamm, Niederlande.

Sekretär der Kommission: T. G. Narayanan von der Abteilung für Angelegenheiten des Sicherheitsrates.

Polen, das Mitglied der Kommission sein sollte, lehnte seine Teilnahme ab.

21. März Die Kommission der Vereinten Nationen verhandelt mit dem Regierenden Bürgermeister Ernst Reuter. Der Senat von Berlin überreicht ein Memorandum und eine vom Büro für Gesamtberliner Fragen sowie vom Abgeordnetenhaus zusammengestellte Dokumentation.

Der Vorsitzende der Kommission, Albertson, erklärt, daß die Kommission keine Einreise in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands erhalten habe. Sie werde nach Genf zurückkehren und von dort aus die Sowjetische Hohe Kommission noch einmal um Einreiseerlaubnis bitten. Wenn auch dieser

Berlin und die Mauer: Sinnbild der geteilten Welt, Sinnbild der Unterdrückung, Mahnmal der Freiheit.



Versuch fehlschläge, werde die Kommission dem Generalsekretär der Vereinten Nationen mitteilen, daß sie nicht in der Lage gewesen sei, ihren Auftrag auszuführen.

1958

6. Juni Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt richtet ein ausführliches Schreiben an die Menschenrechts-Kommission der Vereinten Nationen, in dem er mit zahlreichen Beispielen die fortgesetzten Verletzungen der Menschenrechte, insbesondere des Grundrechtes auf Freizügigkeit, durch die Behörden der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands darlegt.

21. November Der Präsident der Generalversammlung der Vereinten Nationen, Charles Malik, erklärt in New York, die Berlin- und Deutschlandfrage könnten ohne eine Änderung der Charta der Vereinten Nationen oder ein überwältigendes Verlangen der Weltöffentlichkeit nicht vor die Vereinten Nationen gebracht werden. Ohne gerechte Lösung der Deutschlandfrage — und das schließe die Wiedervereinigung ein — gäbe es keinen Frieden in der Welt.

1959

31. März Der Berliner Senator für Wirtschaft und Kredit, Dr. Paul Hertz, gibt eine Erklärung ab, daß Berlin bereit ist, den kürzlich ins Leben gerufenen Sonderfonds der Vereinten Nationen für die Entwicklungsländer zu unterstützen. Auf diese Weise wolle die Stadt zugleich ihren Dank für die amerikanische Hilfe nach dem Kriege abtatten.

9. April Zehn demokratische Abgeordnete des Repräsentantenhauses der USA und sechs britische Labour-Abgeordnete veröffentlichen eine zwei Wochen zuvor bei einem Parlamentartreffen in London ausgearbeitete Erklärung, in der vorgeschlagen wird, die Besatzungstruppen in Berlin durch eine Polizeitruppe der Vereinten Nationen abzulösen.

11. April Der demokratische Senator Wayne Morse (USA) fordert in einer außenpolitischen Rede, bei den bevorstehenden Ost-West-Verhandlungen über Berlin vorzuschlagen, die ganze Stadt unter Aufsicht der Vereinten Nationen zu stellen.

Ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums erklärt, die USA lehnten jede isolierte Berlin-Lösung einschließlich einer Einschaltung der Vereinten Nationen in Berlin ab.

23. September Der irische Außenminister Frank Aiken nimmt vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Berlin-Frage Stellung und erklärt nachdrücklich, die einzige friedliche Berlin-Lösung sei, „daß es Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschland wird“.

30. September Der französische Außenminister Couve de Murville lehnt vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen Neutralisierungspläne für Berlin entschieden ab und erklärt, die einzige Lösung des Problems sei ein Friedensvertrag mit einem durch freie Wahlen wiedervereinigten Deutschland.

Auch der schwedische Außenminister Undén gibt vor der Generalversammlung eine Erklärung zugunsten Westberlins ab.

1960

23. März Der amerikanische Senator Mansfield schlägt in der Deutschland-Debatte des Senats der USA einen Interimsstatus für Berlin und garantierte Zufahrtswege — möglicherweise unter Kontrolle der Vereinten Nationen — vor.

29. September Der britische Premierminister Macmillan fordert in einer bedeutenden Rede vor der Generalversammlung

der Vereinten Nationen das Selbstbestimmungsrecht für die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands. Zur Berlin-Frage sagt er, sie könne nicht durch den Bruch internationaler Vereinbarungen, sondern nur durch Verhandlungen gelöst werden. Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow wird wegen wilder Störungen während der Rede vom Präsidenten zur Ordnung gerufen.

6. Oktober Der norwegische Außenminister Lange appelliert vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen an die Sowjetunion, die Berliner Bevölkerung vom ständigen Druck zu befreien.

1961

1. September Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow erklärt sich im Gespräch mit dem britischen Labour-Abgeordneten Zilliacus mit der Verlegung des Sitzes der Vereinten Nationen nach Westberlin einverstanden.

8. September Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow schlägt auf einem sowjetisch-indischen Freundschaftstreffen im Kreml die Aufnahme „beider deutscher Staaten“ in die Vereinten Nationen vor.

18. September Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow spricht sich in einer Unterhaltung mit dem ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Paul Reynaud erneut für die Verlegung des Sitzes der Vereinten Nationen nach Westberlin aus.

25. September Der amerikanische Präsident Kennedy bekräftigt in einer Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen die Entschlossenheit der USA, ihre Rechte in Westberlin mit allen Mitteln zu verteidigen.

26. September 23 deutsche Schriftsteller (u. a. Böll, Eggebrecht, Gollwitzer, Grass, Schnurre, Weihschedel) bitten den Präsidenten der Generalversammlung der Vereinten Nationen um die Einschaltung der Vereinten Nationen in den Berlin-Konflikt.

26. September Der sowjetische Außenminister Gromyko wiederholt vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen die sowjetischen Berlin-Forderungen.

27. September Der britische Außenminister Lord Home erklärt vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen, daß Großbritannien nicht nachlassen werde, eine Verhandlungsbasis in der Berlin-Frage zu suchen.

28. September Der dänische Außenminister Krag fordert vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen die Verlegung einer ihrer Behörden nach Berlin.

30. September In einem Memorandum an alle Mitglieder der Vereinten Nationen fordert der Internationale Bund freier Gewerkschaften die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Berlin-Status.

2. Oktober Die Delegationschefs der Missionen von Guinea, Äthiopien und dem Libanon fordern vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen Verhandlungen der Großmächte über Berlin.

3. Oktober Der kanadische Außenminister Green schlägt vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine internationale Verwaltungsbehörde für ganz Berlin unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen vor.

9. November Der indische Ministerpräsident Nehru spricht sich bei seinem Besuch in den USA für eine Verlegung von Behörden der Vereinten Nationen nach Berlin aus.

6. Dezember 90 britische Parlamentarier legen dem britischen Außenminister Lord Home einen Plan zur Lösung der Berlin-Frage vor, der die Errichtung einer besonderen Behörde der Vereinten Nationen für Berlin vorsieht.